

ZUKUNFT: FAMILIE

Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht

Berlin
September 2005

Inhaltsverzeichnis:

THEMA FAMILIE – Vorbemerkung	4
DER 7. FAMILIENBERICHT – Erkenntnisse und Vorschläge	5
1. Privatsache Familie? Familienpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.....	5
2. Familien und Familienpolitik im europäischen Vergleich	6
3. Innerfamiliäre Dynamiken.....	11
4. Familie im Kontext – familienarme Städte.....	12
5. Zukunftsszenarien	13
5.1 Aufbrechen des traditionellen Lebensverlaufs durch Optionszeiten.....	13
5.2 Kommunale Infrastrukturen für Familien	14
5.3 Einführung einer Familienkasse.....	15
5.4 „Elterngeld als Zukunftsinvestition“	15
5.5 Forschung nach dem Vorbild der USA	15
Von der Kommission für den 7. Familienbericht bestellte Expertisen.....	16
Die Sachverständigenkommission für den 7. Familienbericht.....	19
Arbeitsverlauf der Kommission	20
Der gesellschaftliche Dialog.....	20
Weiterführende Literatur: Nachhaltige Familienpolitik	21
Kontakte und Ansprechpartner	23

THEMA FAMILIE – Vorbemerkung

Am 16. August hat eine hochkarätige Kommission von Sachverständigen unter dem Vorsitz von Professor Hans Bertram den 7. Familienbericht an die Bundesfamilienministerin Renate Schmidt übergeben. Zentrales Thema dieses mehrere hundert Seiten umfassenden Werkes ist die Balance von Familien- und Arbeitswelt im Lebensverlauf. Untersucht werden Wandel und Stabilität von Familie, Veränderungen von Arbeit, Bildung und Wirtschaft, Geld- und Zeitökonomie von Familien, Generationenbeziehungen zwischen Kindern, Eltern und Großeltern sowie Veränderungen der Geschlechterrollen.

Themen, die für die Zukunft unseres Landes insofern von großer Bedeutung sind, als die demografische Entwicklung in Deutschland tief greifende wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Folgen haben wird. Themen, die aber nach wie vor zu wenig Eingang in die gesellschaftliche Debatte finden, auch wegen der in Deutschland vorherrschenden Ansicht, Familie sei eine *Privatangelegenheit*.

Der 7. Familienbericht zeigt, dass sich rund um die Gegenwart und Zukunft von Familie zahllose spannende Themen und Geschichten finden lassen. In dieser Broschüre sind einige der wichtigsten Ergebnisse und Thesen des Familienberichts aufbereitet. Außerdem enthält sie die wichtigsten Ansprechpartner zu den darin enthaltenen Themen.

„Die finanziellen Aufwendungen, die die Bundesrepublik Deutschland an staatlichen Leistungen für Familien aufwendet, haben jedenfalls nicht dazu beigetragen, dass junge Erwachsene in gleicher Weise wie in Frankreich, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und Großbritannien Kinder als Teil einer gemeinsamen Lebensplanung begreifen [...] Auch bei der Bekämpfung von Kinderarmut war die Bundesrepublik im internationalen Vergleich nicht besonders erfolgreich.“

Sachverständigenkommission des 7. Familienberichts

Diese Zusammenstellung beruht auf den Aufzeichnungen eines Workshops Anfang August, auf dem Professor Dr. Hans Bertram und Dr. Annemarie Gerzer-Sass in je eigener Verantwortung wichtige Ergebnisse des Familienberichts vorgestellt und diskutiert haben. Die Ausführungen sind sinngemäß, zum Teil im Wortlaut wiedergegeben.



Prof. Dr. Hans Bertram

Die Behandlung des Familienberichts unterliegt Regeln. Nach der Abgabe durch die Sachverständigen gibt es eine familienpolitische Kommentierung im BMFSFJ. Der nächste Schritt ist eine Ressortabstimmung zur Vorbereitung einer Stellungnahme der Bundesregierung. Bedingt durch die Neuwahlen und die anschließende Neubildung der Bundesregierung wird sich dieser Prozess länger als ursprünglich vorgesehen hinziehen.

Nach einer Befassung im Bundeskabinett wird es eine parlamentarische Beratung im Bundestag geben. Erst danach wird es eine Veröffentlichung des Berichts als Bundestagsdrucksache geben. Der Zeitplan insgesamt ist Ende August 2005 nicht präziser kalkulierbar.

Die Sachverständigen der Kommission sind ausdrücklich ermuntert, zum Familienbericht persönlich Stellung zu nehmen. Sie sind über die Geschäftsstelle der Kommission bzw. über ihre Institute erreichbar. Eine vorläufige Pressedokumentation anlässlich der Vorstellung des Familienberichts ist über das BMFSFJ, Referat 201 zu beziehen.

Susanne Gaschke, 11.08.2005, Die Zeit:

„Eltern werden nicht länger als Bedürftige wahrgenommen, deren Behinderung durch Kinder der Staat kompensiert. Familie ist vielmehr ein positiver und notwendiger Beitrag zur ökonomischen und demografischen Zukunft des Landes. Durch den gesamten Bericht zieht sich die Überzeugung, dass dieses Ziel durch eine bloße Ausweitung staatlicher Transferleistungen nicht erreichbar sei.“

DER 7. FAMILIENBERICHT – Erkenntnisse und Vorschläge

1. Privatsache Familie? Familienpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Viele glauben, sich nicht mit Familie auseinander setzen zu müssen, da Familie nur jene Personen etwas angehe, die in der konkreten Familie leben. Diese Einstellung ist fatal, denn privates Tun in der Familie hat erhebliche gesellschaftliche Konsequenzen. Familien schaffen Güter und erbringen Leistungen für die gesamte Gesellschaft:

Zum einen durch die Schaffung des gesellschaftlichen **Humanvermögens**, sprich die Geburt und Erziehung der Kinder, zum anderen durch Bereitstellung von „**care**“ – ein umfassenderer Begriff als das deutsche Wort „Fürsorge“, das einen paternalistischen Anstrich hat. Hinter dem Begriff „care“ steht die Vorstellung, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, an andere Leistungen abgeben und selbst Leistungen von anderen annehmen.

Diese Leistungen erbringen Familien nicht nur aus sich selbst heraus. Zwar betrachten wir Familien meist kontextlos, doch sind sie tatsächlich in andere (auch außerfamiliäre) soziale Netzwerke eingebettet, wie Verwandtschaft, Nachbarn etc. – ohne diese soziale Einbettung könnte Familie ihre Leistungen nicht erbringen. Gern vergessen wird dabei, dass Familie keine unerschöpfliche Ressource ist. Kinder werden bekanntlich immer „knapper“, sie wachsen nicht von

alleine nach. Auch Fürsorge ist keine Ressource, die einfach da ist, sondern sie benötigt bestimmte **Rahmenbedingungen**.

Familienpolitik hat die Aufgabe, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien bei der Erbringung dieser essenziellen Aufgaben für die Gesellschaft unterstützen. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Ansätze zur Betrachtung von Familie, die je unterschiedliche Familienpolitiken zur Folge haben: Entweder man nimmt die einzelnen Familienmitglieder in den Fokus und macht für diese Politik (ein Beispiel ist Tony Blairs Politik der Chancengleichheit für Kinder), oder man betrachtet die Institution Familie als Ganzes (und fördert die Institution wie z. B. beim steuerlichen Ehegattensplitting).

Die Kommission des 7. Familienberichts hat diese Zweiteilung (und damit die „ideologische“ Zuordnung) vermieden, indem sie die Familienmitglieder als **Gestalter von „Familie“** betrachtet.

Der Entwicklungsprozess von Familie ist nicht irgendwann abgeschlossen, sondern zieht sich durchs ganze Leben der Familienmitglieder. Das heißt allerdings auch, dass Entwicklungen scheitern können. Familie ist nicht zwangsläufig eine Institution auf Dauer; in jeder Phase kann es zu Problemen kommen. Im Lebensverlauf kann man sich dies wie einen mäandrierenden Fluss vorstellen. Dieses Bild berücksichtigt die unterschiedlichen **Lebensmuster** des Einzelnen.

„Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik ist es, jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationensolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu interpretieren.“

Sachverständigenkommission des 7. Familienberichts

Renate Schmidt, 15.08.2005

„Ich folge der Sichtweise des Berichtes auch hier: Familie ist eine besondere Gemeinschaft, die auf festen Bindungen beruht und in der mehrere Generationen füreinander wechselseitig sorgen.“

Familienmitglieder als Gestalter von „Familie“ zu betrachten, ermöglicht es der Politik, sowohl die Interessen der Mitglieder als auch die Institution als solche zu berücksichtigen, ohne sie in einen Gegensatz zu bringen. Der Staat kann für den Einzelnen keine Leitbilder vorgeben, aber er kann die Rahmenbedingungen schaffen, die dem Einzelnen unterschiedliche Entwicklungsoptionen eröffnen. Die strukturellen Rahmenbedingungen, die bislang in Deutschland geschaffen wurden, zogen hingegen ein ganz bestimmtes Familienbild/-modell nach sich, nämlich das des männlichen **Alleinverdienermodells** bzw. der Hausfrauenehe.

2. Familien und Familienpolitik im europäischen Vergleich

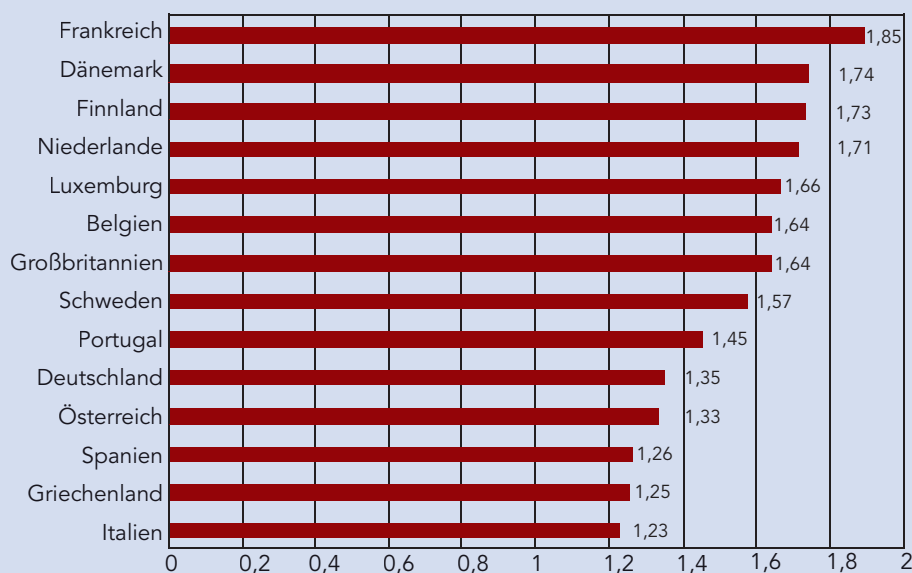
Das Modell der „**Europäischen Familie**“ hat Gültigkeit und Zukunft. Es wird über die Gattenbeziehung definiert und kannte schon immer die „sequenzielle

Monogamie.“ Früher war es nur der Tod, der die Ehepartner trennte, heute ist es häufig die Scheidung. Auch die demografischen Entwicklungen anderer europäischer Länder sind mit Deutschland vergleichbar. So ist die **Kinderlosigkeit** kein neues Phänomen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war zum Beispiel ein Viertel aller Frauen in Deutschland und Frankreich ohne Kinder. Wettgemacht wurde das damals durch den Kinderreichtum der anderen Frauen. In ganz Europa gab es wegen der Einführung der Anti-Baby-Pille und der Bildungsreform **Geburtenrückgänge**. Doch für diese ähnlichen Entwicklungen wurden unterschiedlich erfolgreiche gesellschaftspolitische Antworten gefunden.

Heute befinden sich daher andere europäische Länder in einer besseren demografischen Situation als Deutschland. Die Geburtenzahlen sind dort höher und die Balance zwischen Familie und Beruf ist leichter in den Griff zu bekommen. Das eigentliche Problem in Deutschland ist nicht die Kinderlosigkeit, sondern die **geringe Quote an Mehrkinderfamilien**, die die Kinderlosigkeit ausgleichen könnte. In Finnland wird z. B. die mit Deutschland vergleichbare hohe Kinderlosigkeit durch den hohen Anteil an Mehrkinderfamilien kompensiert. In Frankreich gehen ebenfalls die Mehrkinderfamilien zurück, dagegen gibt es dort kaum Kinderlosigkeit.

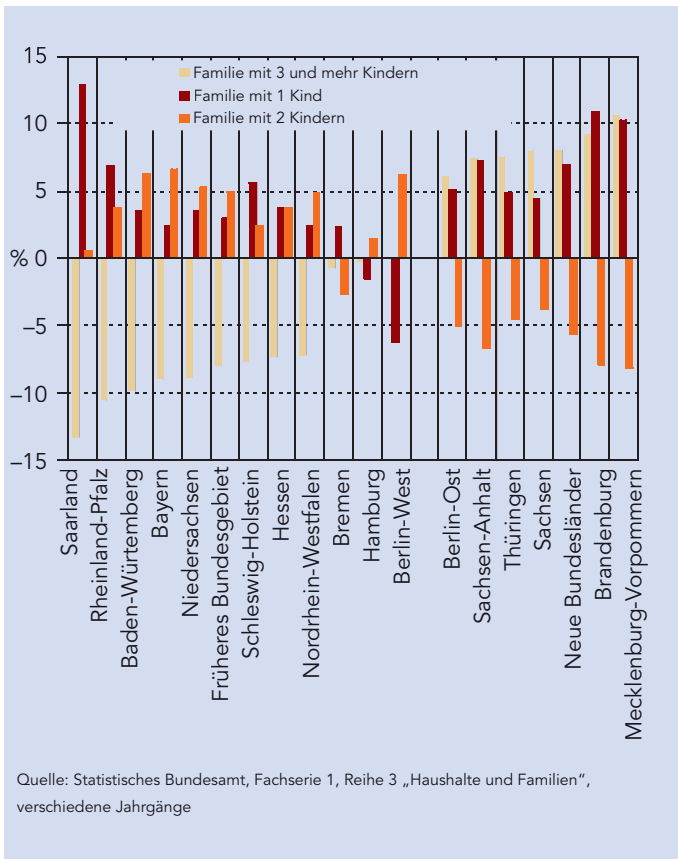
Deutschland: Wenig Kinder

Geburtenrate in der EU 2001



Quelle: Council of Europe. Recent Demographic Developments in Europe, 2003

Veränderung der Anteile von Familien mit 1, 2 bzw. 3 und mehr Kindern in den alten Bundesländern (von 1972 bis 2002) und in den neuen Bundesländern (von 1991 bis 2002)



Warum haben sich diese großen Unterschiede in den europäischen Ländern ergeben, obwohl die Ausgangsbedingungen doch so ähnlich waren?

Die entscheidende Ursache liegt in der **spezifisch deutschen Lebensverlaufsplanung**. So ist in Deutschland die Zeit, sich für Kinder zu entscheiden, besonders knapp. Der deutsche Lebensverlauf ist dreigeteilt: in Ausbildung, dann Beruf und am Ende die Rente. Ein Drittel des Lebens verbringen die Deutschen in der (sehr langen) Ausbildung. Dann erfolgt der Berufseinstieg. „Entweder ist man dann drin oder nicht“, so Prof. Bertram.

In anderen europäischen Ländern ist es dagegen viel leichter möglich, einen ersten Ausbildungsabschluss in jungen Jahren zu machen, um dann – z. B. nach einer Familienphase – eine aufbauende Zusatzausbildung anzuschließen. So kann man in Frankreich z. B. vom Hilfslehrer zum Professor aufsteigen – und zwar noch im Alter jenseits der aktiven Elternschaft.

Deutschland hingegen kennt eine „**Rushhour des Lebens**“. Deutsche Akademikerinnen nehmen sich nach Ausbildungsabschluss und Berufseinstieg etwa 5 Jahre Zeit, um sich für oder gegen Kinder zu entscheiden. Das macht bei einer Lebenserwartung von fast 100 Jahren für Frauen des Jahrgangs 1970 einen Lebensanteil von 2 % aus!

In **Finnland** gibt es dieses „Nadelöhr“ nicht. Zwar haben die Finninnen wie die Deutschen ein hohes Erstgeburtsalter, aber sie bekommen dafür länger Kinder. Der Grund liegt darin, dass man in Finnland sehr viel früher bedacht hat, dass die ökonomische Basis einer Familie eher gewährleistet ist, wenn zwei Schultern (Einkommen) sie tragen. Fällt ein Einkommen wegen Elternurlaub weg, schafft das finnische Erziehungsgeld (das sich am letzten Einkommen orientiert) einen Ausgleich. So bleibt die Einkommenskonnuität besser gewahrt.

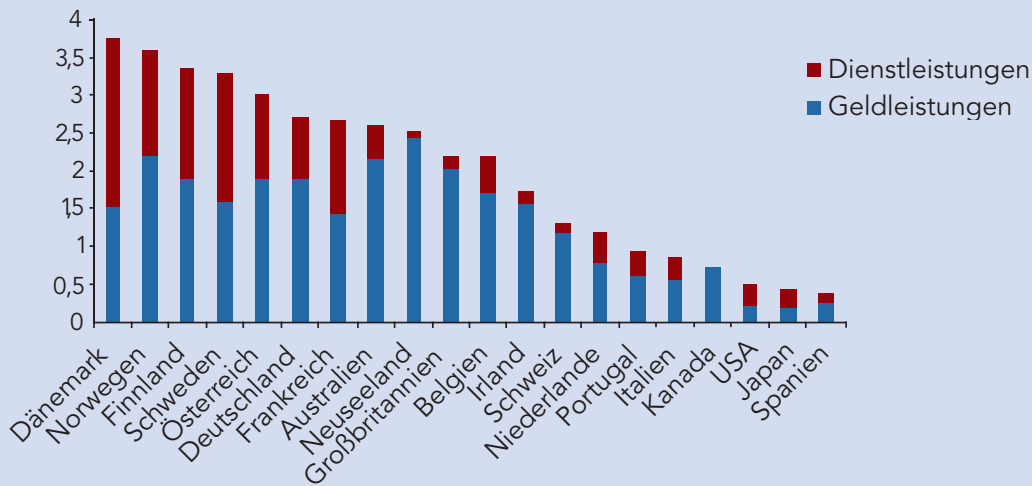
In **Deutschland** erleben Familien hingegen einen ökonomischen Achterbahneffekt: Zu Beginn der Elternzeit (Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse – Geburt als Krankheit!) ist das Familieneinkommen noch hoch, dann geht es mit dem Bezug des nicht an das vorherige Einkommen gekoppelten Erziehungsgeldes markant zurück. Während Elternzeit in Deutschland mehr oder weniger als Privatangelegenheit behandelt wird, betrachtet man sie in Finnland als Fortbildungszeit. In Deutschland müssen daher dringend **neue Lebensverlaufsmodelle** entwickelt werden, um die Zeitspannen für Ausbildung, Beruf und Familiengründung zu entzerren und zu verlängern.

Hans Monath, 17.08.2005, Tagesspiegel:

„Der Bericht plädiert dafür, die finanzielle Förderung auf jene Lebensphase zu konzentrieren, in der Familien relativ wenig Geld zur Verfügung stehe. Dies sei vor allem bei jungen Familien der Fall.“

Familienpolitisch erfolgreiche Länder investieren stärker in Dienstleistungen

Das **Mutterbild** in Deutschland spielt ebenfalls eine Rolle. Während eine arbeitende Mutter in Deutschland als „Rabenmutter“ betrachtet wird, ist es z. B. in



Quelle: Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2002

Auch **Frankreich** setzt schon seit langem Anreize, um eine andere Lebensverlaufsplanung zu veranlassen. In Deutschland werden mit dem Kindergeld bis zum 27. Lebensjahr Familien belohnt, wenn Kinder in der ökonomischen Abhängigkeit der Eltern bleiben. Dagegen erhalten erwachsene Kinder in Frankreich erst dann Geld aus der Familienkasse, wenn sie in einer eigenen Wohnung eine Familie gründen. Diese Kopplung ist ein wichtiges familienpolitisches Instrument, das auch in der ehemaligen DDR zur Anwendung kam.

Auch die **Geschlechterbeziehungen** unterscheiden sich im europäischen Ausland von jenen hierzulande. So betreiben die Nordeuropäer seit langem eine konsequente Gleichstellungspolitik, während bei uns der männliche Lebensentwurf (Alleinverdiener/Hausfrauenehe) immer noch die Norm ist. Dies aber heißt, dass die Entscheidung für ein Kind in Deutschland einen entscheidenden **Wettbewerbsnachteil für Frauen** bedeutet. Allerdings hat die skandinavische Gleichstellungspolitik nur im Erwerbsleben wirklich zu Veränderungen geführt. Im privaten Bereich führte sie z. B. in Schweden lediglich zu sieben Minuten Mehrarbeit, die Männer nun im Haushalt mitarbeiten.

Frankreich vollkommen selbstverständlich, dass eine Mutter berufstätig ist. Obwohl die zeitliche Identität von Mutter- und Frauenrolle, die über Jahrhunderte gegolten hat, heute faktisch nicht mehr gilt und von der jungen Frauengeneration auch nicht mehr akzeptiert wird, bleibt vielen deutschen Müttern gar nichts anderes übrig, als sich in die traditionelle Rolle zu fügen.

So kommt es zu einer **Re-Traditionalisierung des Frauenbildes**. In dieses Schema passt auch das Bild der „**super-mom**“ – also der Powerfrau, die alles unter einen Hut bringt: Beruf, Kind und Haushalt. Allerdings baut auch das französische Modell, in dem Väter kaum eine Rolle spielen, auf das Super-mom-Modell.

Cordula Tutt, 17.08.2005, Financial Times Deutschland:

„Die Experten verlangen nicht in erster Linie mehr Geld für Familien. Es solle aber zielgerichteter eingesetzt werden. In Deutschland mangelt es dem Bericht zufolge an der Infrastruktur zur Betreuung von Kindern sowie an Ausbildungs- und Karrierewegen, die parallel die Gründung einer Familie ermöglichen.“

Polemisch formuliert kann man die französische pronatalistische Politik als Vertrag zwischen Staat und Müttern zur Entlastung der Väter qualifizieren.

Anders dagegen das Modell in **Dänemark**, das auf einem klar neu definierten Rollenbild der Geschlechter fußt. Hier haben beide Partner gleiche Rechte und Pflichten in Beruf und Familie. 75 % aller Paarhaushalte sind Zweiverdienerhaushalte. Die Kinderbetreuung wurde bereits in den 90er Jahren stark ausgebaut.

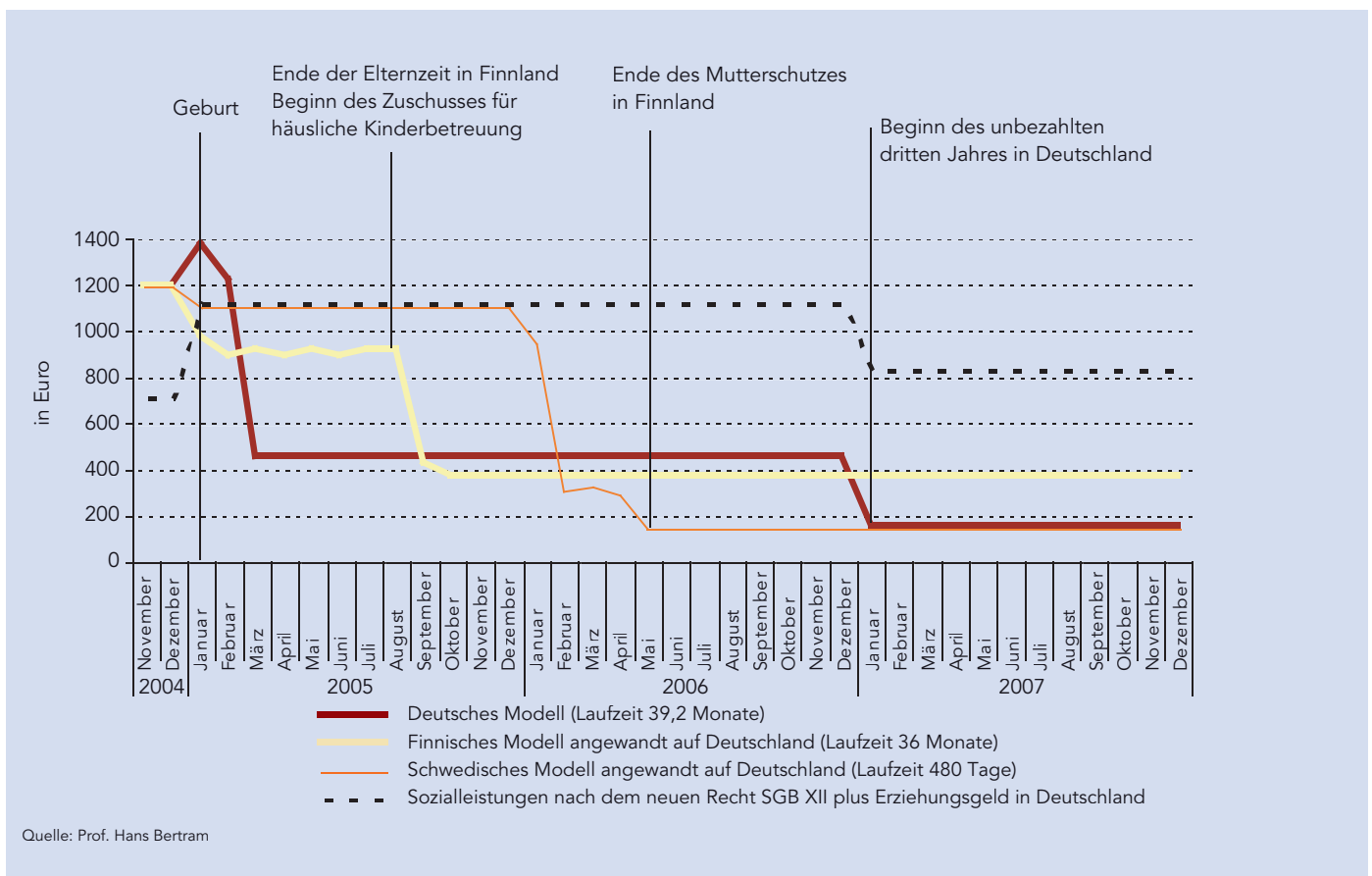
Auch in den **Niederlanden** wird versucht, Väter verstärkt in die Familienarbeit einzubinden. Dies geschieht durch eine bewusste Zeitpolitik. Hier arbeiten inzwischen 25 % aller Männer Teilzeit, weil man die sozialen Sicherungssysteme vom Einkommen entkoppelt hat.

Monatlicher Leistungsbezug von unverheirateten Frauen der Gehaltsgruppe BAT IIa bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes nach ausgewählten europäischen Modellen. Fiktiver Geburtstermin 1. 1. 05

Zeitpolitik spielt auch in **Schweden** eine wichtige Rolle: Anders als bei uns heißt Vollzeitbeschäftigung dort, dass eine Frau ca. 32 bis 33 Wochenstunden arbeitet. Bei uns gilt eine Frau jedoch als Teilzeitbeschäftigte, wenn sie 30 Stunden pro Woche arbeitet.

Diese Beispiele zeigen, dass eine Kombination der drei Elemente **Neuzuschnitt von Geldleistungen, Zeitpolitik und Infrastrukturpolitik** familienfreundliche Voraussetzungen schaffen. Deutschland hat bisher in allen drei Bereichen nicht angemessen auf die gesellschaftliche Entwicklung reagiert. Dabei ist dies kein Problem nicht vorhandenen Geldes. **Geld ist ausreichend vorhanden**, es muss nur anders verteilt werden.

In der Summe ist das schwedische oder finnische Modell nicht teurer als das deutsche. Anhand der Gehaltsgruppe Bat IIa kann dies mit einer **Modellrechnung** auch belegt werden (s. Grafik). Grundlage sind die momentan aktuellen Zahlungen an unverheiratete Frauen bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes. Der Vergleich bezieht Finnland und Schweden ein sowie Leistungen nach SGB XII plus Erziehungsgeld in Deutschland.

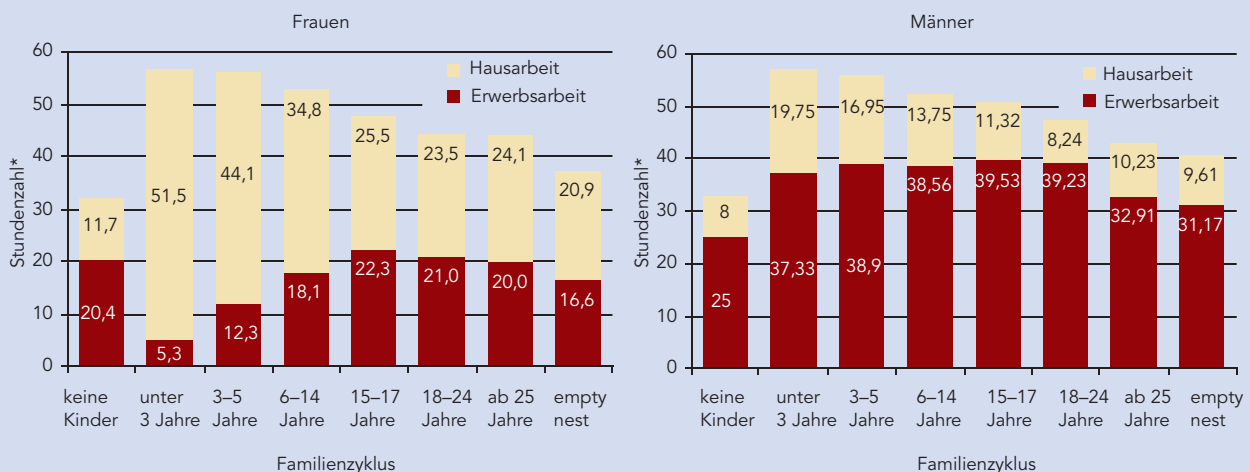


Es wird deutlich, wie stark der Achterbahneffekt in Deutschland durchschlägt. Dagegen mindern die Leistungen der anderen Länder, die entweder 67% (Finnland) oder 80% (mittlerweile in Schweden) des Nettoeinkommens weiterzahlen, diesen Effekt und garantieren ein relativ gleichförmiges Einkommen. In Deutschland stehen sich dagegen Frauen, die Sozialhilfe beziehen, am besten, da das Erziehungsgeld nicht angerechnet wird. Damit wird hier die Nichtarbeit gefördert. Ein einkommensabhängiges Elterngeld wäre also auch in Deutschland eine wichtige Neuerung.

In Frankreich wie in Großbritannien wird derzeit die Einführung eines Elterngeldes als Einkommensersatzleistung nach skandinavischem Vorbild vorbereitet.

Obwohl die auf Gleichstellung ausgerichteten Politiken der nordeuropäischen Länder sicherlich zu den höheren Geburtenquoten beigetragen haben, gibt es auch in Nordeuropa einen Geburtenrückgang bei den Akademikerinnen. Mit höherer Bildung steigen für Frauen die Optionen und dadurch steigt auch die Kinderlosigkeit. Dies hat etwas mit Lebensentscheidungen zu tun, die auch mit familienfreundlichen Rahmenbedingungen nur bedingt zu beeinflussen sind.

Erwerbs- und Haushaltsarbeit bei Männern und Frauen in Abhängigkeit vom Familienverlauf



*) Stundenzahl in der letzten Woche einschließlich Wochenende

Quelle: Hans Bertram, auf der Basis von Daten des DJI Familiensurvey 2000, 10318 Befragte

Cosima Schmitt, 17.08.2005, taz:

„Eine Familie ist eine Firma; sie produziert ein rares Gut; nur visionäre Ideen sichern die Mangelware Kind. Dies ist der Grundton des Familienberichts, den eine Expertencrew gestern der Bundesregierung übergeben hat.“

Wie kommt es, dass Deutschland so hinterherhinkt? Deutschland hat anders als andere europäische Länder den rasanten **Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft** in seinen Politiken verschlafen. Eine völlig neue Arbeitsinfrastruktur ist entstanden – mit neuen Berufsbildern, die insbesondere Frauen neue Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Dies erfordert eine **Neuorganisation von Erwerbsarbeitszeit und privater Zeit**. In Deutschland dominieren kurzfristige ökonomische Erwägungen die Politik (und die entsprechende Berichterstattung in den Medien). Wir operieren mit ökonomischen Verkürzungen, ohne die Konsequenzen für das Privatleben zu bedenken. Bei den Debatten um verlängerte Arbeitszeiten z. B. werden die Implikationen für Familien nie mitdiskutiert, genauso wenig wie dies bei den verlängerten Ladenöffnungszeiten der Fall war.

Die Ausdehnung der Arbeitszeit im Übergang vom männlichen Alleinverdienermodell zum **„individual-adult-worker-Modell“** (Männer und Frauen sind potenzielle Arbeitnehmer) ist enorm. So arbeitete ein Mann Anfang der 60er Jahre zwar noch 48 Stunden in der Woche, heute verbringen Mann und Frau zusam-

men aber durchschnittlich mehr als 70 Stunden im Beruf. Hierauf muss familienpolitisch mit entsprechenden Zeit- und Infrastrukturpolitiken reagiert werden.

3. Innerfamiliäre Dynamiken

Familie ist heute zwar als angestrebte Lebensform stabil, aber in ihrer Ausprägung keine feste Einrichtung mehr, sondern eine Lebensform, die ständig neu überprüft und verändert wird und dabei auch störanfällig ist. Ein entscheidender Einschnitt findet statt nach der Geburt des ersten Kindes. In Deutschland fallen bis dahin egalitär aufgestellte Paare anschließend wieder in traditionelle Rollen zurück: Die Frauen geben ihren Beruf auf und kümmern sich um Kind und Haushalt, die Männer arbeiten umso mehr und beteiligen sich nicht an den „care“-Aufgaben. Viele junge Ehen scheitern deswegen.

Hier kommt es darauf an, neben den angesprochenen nötigen Infrastrukturmaßnahmen (wie Kinderbetreuung und Ganztagschulen) auch schon im Kindesalter

Kompetenzerweiterungen für Mädchen und Jungen zu ermöglichen. Jungen sollen mehr weibliche „care“-Fähigkeiten, Mädchen mehr männliche Berufsorientierung entwickeln. Es stellt sich nämlich auch die Frage, warum Männer aus der Familie „aussteigen“. Bisher ist die **Familienrolle für Männer wenig attraktiv**: Sie haben als Haupternährer ausgedient, aber im Haushalt gesteht man ihnen meist nur Zuar-

beiterdienste zu. „Care“ muss auch für Männer als Gewinn erkennbar sein, um die Familienarbeit als attraktiv zu erleben.

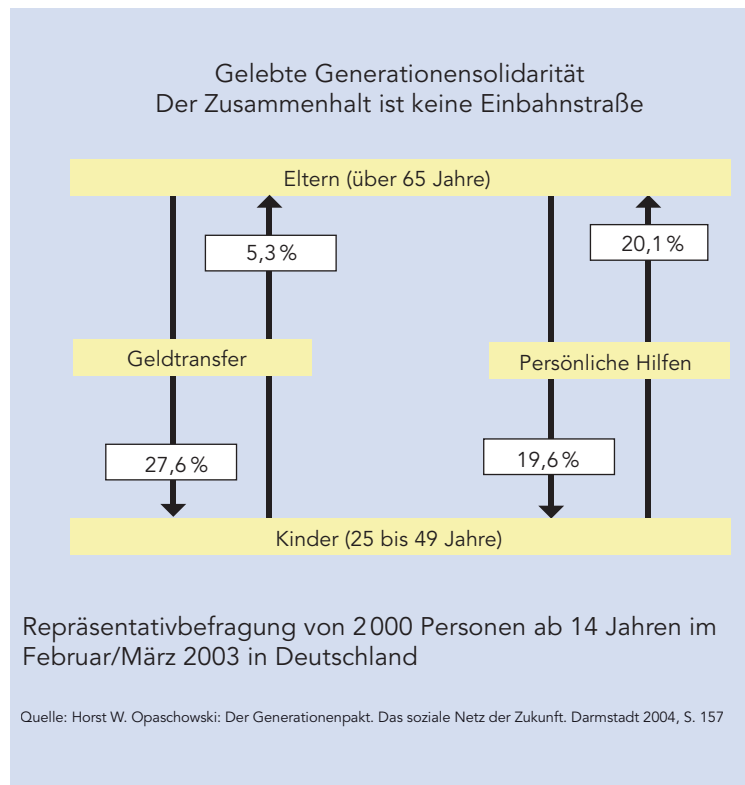
Es geht dabei nicht um eine Angleichung der Geschlechter, sondern um eine Erweiterung der männlichen/weiblichen Rollen. Die Entscheidung für die Übernahme von Familienarbeit ist von der Attraktivität der Vaterrolle abhängig. Man braucht neue familiäre Lebensmodelle auch für Männer – ein bislang vernachlässigter Aspekt. Doch ist es auch wichtig, Probleme der innerfamiliären Arbeitsteilung, genauso wie die

Bereiche Trennung und Scheidung, die ausführlich in diesem Kapitel behandelt werden, zu entdramatisieren und sie als zu bewältigende Phasen im Lebensverlauf der Familienmitglieder praktikablen Lösungen zuzuführen.

Auch die **Generationsbeziehungen** sind wichtiger Bestandteil der innerfamiliären Dynamik. Bisher stehen mehr die Leistungen der jüngeren für die ältere Generation im Fokus (Pflege). Aber auch die ältere Generation erbringt Leistungen für die jüngeren Generationen, z. B. Geld-

transfers, Zeit- und Fürsorgeleistungen. Von einem Generationenkonflikt kann jedenfalls keine Rede sein. Deutschland ist eine wenig mobile Gesellschaft, in der 50 bis 60 % der Älteren in unmittelbarer Erreichbarkeit ihrer Kinder leben und sich mit ihnen auch regelmäßig austauschen. Die Frage ist, wie man diese komplexen Beziehungsmuster unterstützt, um sie als wichtige Ressource für Familien zu erhalten.

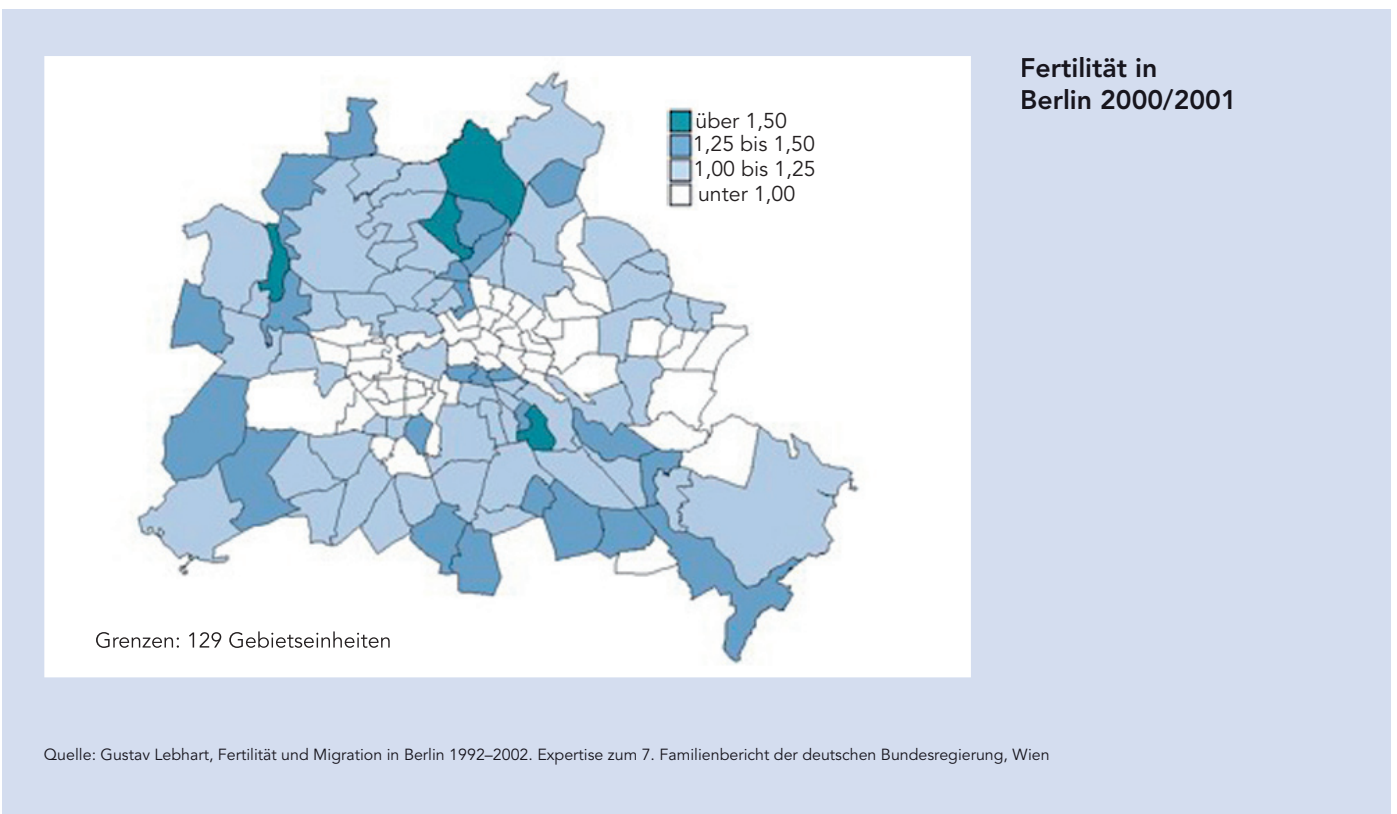
Generationentransfers und Hilfen



4. Familie im Kontext – familienarme Städte

Wenn auf die demografischen Entwicklungen nicht reagiert wird, stehen wir bald vor großen Problemen. In den deutschen Städten manifestiert sich dies bereits durch eine stark zunehmende Segregation. Beispiel Berlin:

Gesamtfurchtbarkeitsrate der deutschen Frauen in Berliner Bezirken 2000/2001



Zum einen entstehen die Polarisierungen durch das unterschiedliche Reproduktionsschema in deutschen Familien und in **Familien mit Migrationshintergrund**, die bisher noch eine höhere Zahl Kinder zur Welt bringen. Zum anderen durch die **Wanderungsbewegungen** der besser verdienenden Familien aus der Stadt hinaus ins Umland. Das bedeutet für die Städte, dass sich ihre Einwohner zunehmend zusam-

mensetzen aus Singles einerseits und gering verdienenden Familien (Familien mit Migrationshintergrund Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Alte) andererseits. Familienmodelle, die als die entscheidenden Träger sozialen Engagements ja auch in Kommunen investieren, bestimmen kaum mehr das urbane Klima.

So kommt es in manchen Stadtteilen zu nahezu **kinderenfreien Zonen**; Städte überaltern, weil es auch keine vom Land nachrückenden jungen Leute mehr gibt. So entsteht das Phänomen der **schrumpfenden**

Innenstädte und der sich ausbreitenden Megacity-Teppiche, die ganze Landstriche einnehmen, da die Firmen hinter den erfolgreichen Familien hinterherziehen. Ein Beispiel für eine solche Entwicklung findet sich z.B. in Norditalien zwischen Venedig und Verona, wo sich eine ganz neue Stadtfläche gebildet hat, die auf keiner Landkarte verzeichnet ist.

Felix Berth, 12.08.2005, Süddeutsche Zeitung:

„Die Familie erscheint nicht als Sozialfall, deren Behinderung der Staat kompensieren muss, sondern als Lebensform, für deren Gedeihen die Politik einiges unternehmen kann. Eine angenehm unaufgeregte Sichtweise.“

Kommunen müssen deswegen zukünftig eine ganz **neue Ansiedlungspolitik** betreiben, indem sie versuchen, Familien anzusiedeln – statt Gewerbebetriebe. Familienfreundlichkeit ist heute ein entscheidender Standortfaktor, der auch Gewerbebetriebe anzieht. Standortentscheidungen sind abhängig von der vor Ort bereits bestehenden demografischen Infrastruktur: Ein Callcenter wird beispielsweise nicht nach Duisburg ziehen, „weil man einen ehemaligen Stahlarbeiter schwer dazu bringt, am Telefon zu erklären, weshalb ein Computer nicht funktioniert“, (Hans Bertram) – vielmehr wird es dorthin gehen, wo es die benötigte soziale Infrastruktur und ergo qualifizierte Arbeitskräfte vorfindet (im Fallbeispiel des Callcenters ist dies z. B. Rostock). **Die schrumpfenden Städte sind das Thema der Zukunft!**

Im Kapitel „**Familie im Kontext**“ wird auch das Thema Familienarmut behandelt. Hier wendet sich die Kommission gegen eine Armutsanalyse, die Lebenslagen primär an ökonomischen Kriterien festmacht. Andere Ressourcen, die Familien in prekären Lebenslagen auch zur Verfügung stehen können, werden dabei außen vor gelassen. Nach gängigen ökonomischen Maßstäben würden 80 % der Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns unter die Armutsgrenze fallen – ein Ansatz, der wenig sinnvoll erscheint. Vielmehr sollte man hier auch regional ausdifferenzieren.

Insgesamt muss in der Armutskdebatte mehr danach gefragt werden, wie man Familien dabei unterstützen kann, ihre eigenen Ressourcen zu aktivieren (im Sinne eines „**aktivierenden Sozialstaats**“). Der 7. Familienbericht unterscheidet Familien in prekären Lebenslagen nach ihren jeweils aktivierbaren Potenzialen und macht konkrete Vorschläge für Unterstützungsansätze. Die vorgeschlagenen Konzepte reichen von der Stärkung von Alltagskompetenzen durch Beratung

bis zur gezielten Förderung von Kindern in niedrigschwelligen Zentren analog zu den Early Excellence Centres in England.

5. Zukunftsszenarien

Ein großes Kapitel des 7. Familienberichts widmet sich dem Thema Zeitorganisation. Die daraus resultierenden Aspekte einer neuen Zeitpolitik werden u. a. im Kapitel Zukunftsszenarien einer nachhaltigen Familienpolitik aufgegriffen:

5.1 Aufbrechen des traditionellen Lebensverlaufs durch Optionszeiten

Der heute noch gängige klassische Lebensverlauf muss aus der Dreiteilung in die Phasen Kind/Teilhaber/Rentner herausgezogen werden. Durch Zerlegung in nicht unbedingt chronologisch aufeinander folgende Phasen kann die jetzt noch enorm verdichtete „Rushhour des Lebens“ durch die Gleichzeitigkeit von Familiengründung und Berufsstart entzerrt werden. Es kann auch Zeit für andere gesellschaftlich wichtige „care“- und/oder Teilhabe-Aufgaben gewonnen werden. Hier schlägt die Kommission so genannte **Optionszeiten** nach dem Vorbild der Erziehungszeit vor. Optionszeiten können sein: Erziehungs-, Bildungs- oder Pflegezeit oder auch andere Formen sozialer Arbeit. Die Kommission legt sich nicht fest, ob sie ein verpflichtendes Modell bevorzugt oder eher eines, das mit ökonomischen Anreizen arbeitet.

Wichtig ist, dass die Optionszeit nicht minderwertig gegenüber der Berufskarriere und Einkommenssteigerung erscheint, weil sonst Optionszeiten doch nur wieder von Frauen genutzt werden. Es kommt aber darauf an, ein **geschlechtsneutrales Modell** zu entwickeln. So kann die Familiengründung zu einem stressfreien Teil des Lebensverlaufs werden – natürlich immer vorausgesetzt, die entsprechende Kinderbetreuungsinfrastruktur ist vorhanden.

Durch Optionszeiten könnten zudem die durch die **längere Lebenserwartung** gewonnenen Jahre genutzt werden, statt sie auf dem Altenteil zu verbringen.

gen. Die heute etwa 25 Jahre dauernde „Teilhaberzeit“ (= Berufszeit bis zur Rente) würde ausgedehnt. Finanziert werden soll das Modell über die **Rente**: Die heute an einem Stück zu erbringenden 45 Erwerbsjahre bis zum Bezug der Rente könnte man aufteilen in mehrere Phasen, um dann in dazwischengeschobenen Optionszeiten z. B. 67% des Nettoeinkommens sozusagen als „Vorschuss“ auf die Rente zu beziehen. Auch wenn dies zu Einkommenseinbußen oder Jobunsicherheit führt: Die Vorstellung von stetig voranschreitenden Karrieren und sicheren Einkommenssteigerungen hat sowieso keine Zukunft mehr. Es wird auch im Erwerbsleben zu immer mehr Patchwork-Konstruktionen kommen, die ein Aufbrechen des klassischen Lebensverlaufsmodells hervorbringen werden. Die kontinuierliche Erwerbsbiografie war eine „Illusion der Kohl-Ära“, die überholt ist. Die Kommission ist überzeugt davon, dass spätestens in 10 Jahren die hier vorgeschlagenen Modelle Realität zu werden beginnen.

Das würde im Bereich der **Ausbildung** bedeuten, weitere Modularisierungen vorzunehmen, wie es z. B. in angelsächsischen Ländern der Fall ist. Dort kann eine Person einen B. A. machen, dann 5 Jahre arbeiten und Kinder bekommen, um dann später noch einen M. A. anzuschließen. In diesem Modell vergibt man sich durch eine solche Lebensplanung nichts, da man jederzeit wieder in den Karriereverlauf einsteigen kann. Entsprechendes finden wir in Deutschland

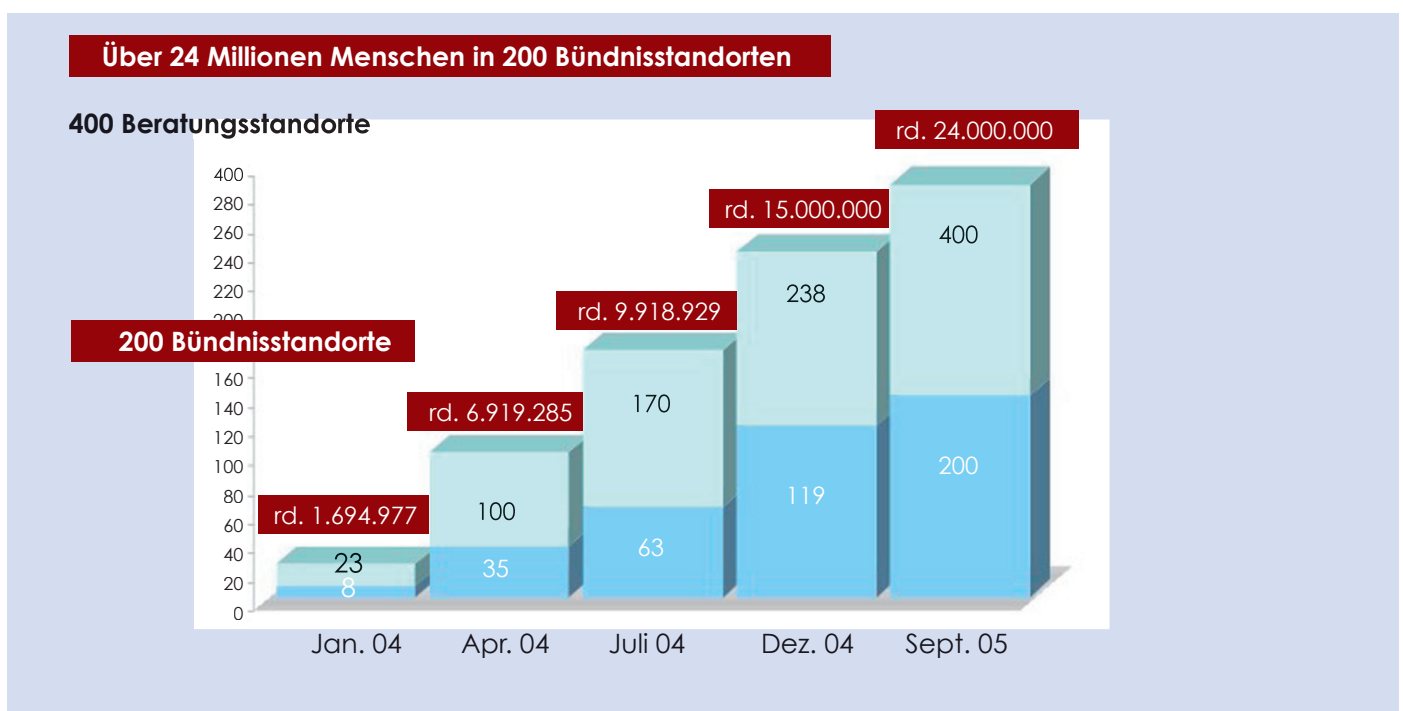
aktuell lediglich bei Bundeswehroffizieren, wo sich Ausbildungs- und Erwerbsphasen abwechseln. In Firmen beginnt diese Entwicklung allerdings bereits heute mit sog. Sabbaticals (persönliche Arbeitszeitkonten zur Aufspaltung von Urlaub bzw. einem bestimmten Lohnprozentsatz über Jahre hinweg, um dann z. B. ein Jahr freigestellt zu werden). Auch die Umstellung einiger universitärer Ausbildungen auf Bachelor- und Master-Studiengänge sind hierzulande ein Anfang.

5.2 Kommunale Infrastrukturen für Familien

Auf der Ebene der kommunalen Politik müssen Familien nicht länger nur als Empfänger von Leistungen, sondern im Gegenteil als **„Investoren“** gesehen und auch so behandelt werden. Nur die Kommunen, die dies begreifen und eine entsprechende Infrastruktur schaffen, haben eine Zukunft. Es müssen nicht nur qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote installiert, sondern auch neue Wohn- und Arbeitsformen entwickelt werden. Auch im Rahmen von Zeitpolitik (Abstimmung öffentlicher Institutionen und Infrastrukturen auf das Zeitbudget von Familien) lässt sich auf kommunaler Ebene viel für Familien bewegen.

Ein Beispiel ist der Landkreis Emden, der alle Leistungen für „ansiedlungswillige“ Familien aus einer Hand anbietet (Grundstücke, Kitas etc.), um einen

Lokale Bündnisse/Erfolgsgeschichte



Behörden-Hürdenlauf zu vermeiden. In Hamburg wird wiederum zurzeit die Speicherstadt saniert, um hier Unternehmen der Dienstleistungsbranche anzusiedeln. Auch in anderen Städten beginnt man Industriebranchen für Dienstleistungsunternehmen nutzbar zu machen.

Der Familienbericht begrüßt ausdrücklich die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ als neuartigen Ansatz, lokale Familienpolitik erfolgreich zu gestalten.

5.3 Einführung einer Familienkasse

Um die derzeit herrschende Zersplitterung in den Zuständigkeiten für einzelne familienpolitische Maßnahmen aufzuheben, sollten alle monetären Transferleistungen für Familien in einer „Familienkasse“ zusammengefasst werden. Nicht nur damit Familien einen einzigen Ansprechpartner haben, sondern auch damit eine solche Institution einen dementsprechend größeren **politischen Einfluss** nehmen kann. Familie muss aus der Querschnittspolitik raus und endlich als „Solitär“ behandelt werden, damit Leistungen wie z. B. der Kinderzuschlag für Beamte nicht einfach anderweitig verplant werden können, sondern eindeutig als familienpolitische Leistung der Familienkasse „gehören“ (ebenso wie z. B. die Eigenheimzulage).

5.4 „Elterngeld als Zukunftsinvestition“

Ein einkommensabhängiges Elterngeld hat aus Sicht der Familienberichtscommission die gleiche Bedeutung wie die Fortbildung für den Beruf, denn es ist eine Freistellung von der Erwerbsarbeit zur Unterstützung der Entwicklung von Humanvermögen und Humankapital einer Wissensgesellschaft. Deshalb unterstützt die Familienberichtscommission ein Elterngeld nach skandinavischem Vorbild.

„Im Sinne einer **nachhaltigen Familienpolitik** handelt es sich damit um eine **Zukunftsinvestition einer Gesellschaft**.(...) Die ausführliche Diskussion einer an das individuelle Erwerbseinkommen geknüpften Transferleistung während der frühesten Kinderphase hat vermutlich, wenn man die nordeuropäischen Länder hinsichtlich der Zahl der Mehrkinderfamilien mit der Bundesrepublik vergleicht, auch einen positiven demografischen Effekt. Diese Leistungen ermöglichen, sich für ein weiteres Kind zu entscheiden, da nicht befürchtet werden muss, dass mit einer Person mehr in der Familie jener Achterbahneffekt des Einkommens eintritt, der auch eine auf Dauer angelegte Reduktion des Einkommens nach sich zieht.“

5.5 Forschung nach dem Vorbild der USA

Hinsichtlich der Forschung sieht die Familienberichtscommission in Deutschland Bereiche, die im internationalen Vergleich standhalten können (z. B. Forschung zum Lebensverlauf und zur Zeitverwendung), aber auch Bereiche, in denen es deutliche **Forschungslücken** gibt (z. B. Infrastruktur für Kinder, Qualitätsstandards). Die Familienberichtscommission regt an, nach US-amerikanischem Vorbild verstärkt eine **interdisziplinäre und deutschlandweite Forschung** zu etablieren. Die Familienberichtscommission begrüßt es außerordentlich, dass neben den Aktivitäten der großen Forschungseinrichtungen, wie etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft, auch private Stiftungen große Mittel mit sichtbarem Erfolg investieren (z. B. Hertie-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung, Robert-Bosch-Stiftung).

bag, 17.08.2005, Handelsblatt:

„Das Konzept des Elterngeldes sei europaweit im Trend. Sowohl die konservative Regierung Frankreichs als auch Großbritanniens Labour-Regierung planten Entsprechendes. In Nordeuropa habe sich gezeigt, dass damit auch die Zahl der Familien mit mehr als zwei Kindern wieder steige.“

Von der Kommission für den 7. Familienbericht bestellte Expertisen

Adema, Willem Thévenon, Olivier Pearson, Mark	Public Support for Families and the Diversity in Work and Family – reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom
Alt, Christian	Familialer Wandel aus Kinderperspektive und veränderte Betreuungsarrangements
Banse, Juliane Möbius, Martina Roch, Isolde	Bedarfe ostdeutscher Familien bezüglich ihres Wohnumfeldes – Ergebnisse von Untersuchungen in den Städten Dresden und Leipzig
Bauer, Frank	Familiale Zeitbewirtschaftung. Probleme der Zeitverwendung bei abhängig Beschäftigten und Selbständigen in Familienhaushalten
Becker, Stefan J.	Best-Practise-Modelle familiengerechter Arbeitszeiten
Bien, Walter	Familie zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen Ideologie und Realität
Billari, Francesco	A Comparison of Population and Family Developments in Italy and Spain with those of Germany
Blume, Elke Dorn, Markus	Die Sandwich-Generation zwischen erbrachten und empfangenen Hilfeleistungen. Datengrundlage, Zielsetzung und methodische Vorgehensweise
Bock, Stephanie Reimann, Bettina	Visionen einer familienfreundlichen Stadt? – Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsverbundes „Stadt 2030“
Böhme, Christa Meyer, Ulrike	Soziale Stadt – Auswertung des Bund-Länder-Programms nach Lösungskonzepten insbesondere für benachteiligte Familien
Bohns, Stefanie Müller, Tanja Bird, Katherine	Pflege im Kontext von Lebensverlauf und Familie. Familiales Zusammenleben und pflegende Familienangehörige
Bohrhardt, Ralf	Vom „broken home“ zur multiplen Elternschaft. Chancen und Erschwernisse kindlicher Entwicklung in diskontinuierlichen Familienbiographien
Borchers, Andreas	Zeitverwendung im Bereich Kinderbetreuung von Müttern und Vätern aus Paarhaushalten (Aktivitätscode für Kinderbetreuung in der ZBE: Zweitsteller 38)
Bucher, Hansjörg	Familienbezogene Infrastruktur in ausgewählten Regionen
Bühler, Christoph Philipov, Dimiter	Changes in Family Formation in Central and Eastern Europe
Dienel, Christiane	Familien als Dienstleister des Sozialstaates: Die Pflege älterer Familienmitglieder im europäischen Vergleich
Dingeldey, Irene	„Holistic Governance“: zur Notwendigkeit reflexiver Gestaltung von Familienpolitik. Diskutiert am Beispiel familialer Erwerbsmuster in Dänemark, Großbritannien und der Bundesrepublik
Dorbritz, Jürgen	Vergleich der Bevölkerungs- und Familienentwicklung Frankreichs, Großbritanniens, der Beneluxländer und der Schweiz mit der Deutschlands
Eggen, Bernd	Ökonomische Situation der Familien in Deutschland
Eggen, Bernd	Ökonomische Situation der Familien in Deutschland und in seinen Ländern 2003
Enders-Drägässer, Uta Libuda-Köster, Astrid Sellach, Brigitte	Zeitverwendung für Hausaufgabenbetreuung
Fagnani, Jeanne	Familienpolitik in Frankreich – Vorteile und Nachteile
Garhammer, Manfred	Arbeitszeit, Zeitnutzung von Familien und Zeitpolitiken in Europa

Gartner, Hermann	Was tun Betriebe zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit und der Chancengleichheit von Frauen und Männern in ihren Betrieben: Auswirkungen auf die Produktivität und auf die Situation von Eltern bzw. von Frauen und Männern
Gerson, Kathleen	Families as Trajectories. Children's Views of Family Life in Contemporary America
Heigl, Andreas	Konsum- und Sparprofile der Altersgruppen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen sowie die zeitliche Veränderung
Heitkötter, Martina	Zeitwohlstand für Familien und lokale Bündnispolitik – zentrale Bezugspunkte für einen „temporal turn“ in der Familienpolitik
Hennig, Marina Hormann, Oliver	Integration von Familien in die Großstadt. Soziale Einbindung und Unterstützungsleistungen von Familien mit Kindern unter 6 Jahren im Gefüge der Großstadt
Hullen, Gert	Lebensformen der Kinder – Makrosimulationen bis zum Jahr 2030
Jaeckel, Monika	Die Bedeutung des sozialen Nahraums für Familien und Familienpolitik
Jessen, Johann Bott, Helmut Fricke, Axel	Familie, Nachbarschaft und Infrastruktur im Wandel. Zukunftsbilder aus der Region Stuttgart 2030
Jürgens, Kerstin	Die Persistenz der Widersprüche
Kahle, Irene	Balance zwischen Beruf und Familie – die Zeitsituation von Alleinerziehenden
Kalicki, Bernhard	Elternschaft im Familienentwicklungsprozess
Klammer, Ute	Work-Life-Balance in den Niederlanden
Klammer, Ute	Arbeitszeit und soziale Sicherung im Lebensverlauf – Empirische Befunde und politischer Handlungsbedarf
Klenner, Christina	Betriebliche Zeitlösungen für eine moderne Balance von Familie und Beruf
Kohler, Hans-Peter	Why is U.S Fertility so high?
Kramer, Caroline	Verkehrsverhalten, Wegezeiten und Mobilität
Kühn, Thomas	Die Verbindung berufsbiografischer Orientierungen und biografischer Planungsprozesse zur Familiengründung durch junge Frauen und Männer
Küster, Christine	Ernährung und Zeit
Lange, Andreas	Arbeits- und Familienzeiten aus Kinderperspektive. Annäherungen an einen komplexen und unterforschten Sachverhalt
Lebhart, Gustav	Kleinräumige Fertilität und Migration in Berlin
Liebig, Stefan	Gerechtigkeit zwischen den Generationen – was die Leute denken
Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang	Geldverwaltung und -verteilung im (Familien-)Haushalt
Mächler, Ruth	München macht Raum für Familien. Familiengerechte Planung und Gestaltung öffentlicher Räume
Mantl, Elisabeth	Hausfrauenmütter – erwerbstätige Mütter – gute Mütter. Konzepte – Visionen – Lebenswirklichkeit. Zur Kulturalität deutscher Erfahrungen seit 1870
Mantl, Elisabeth	Gute Töchter. Weibliche Adoleszenz und die Konstruktion von Geschlechterrollen im intragenerationellen Verlauf. Deutschland seit 1918
Marbach, Jan	Die Entwicklung von Eheschließungen, nichtehelichen Gemeinschaften (NEL) und Partnerschaften ohne gemeinsamen Haushalt (LAT) in Deutschland im Licht der ökonomischen Heiratstheorie
Marbach, Jan	Stressindikator Zeitbelastung. Zur Struktur der Zeitverwendung
Mückenberger, Ulrich	Familie, Zeitpolitik und Stadtentwicklung – am Beispiel Bremen. Familiäre Integration in der Stadt der Zukunft
Neyer, Gerda	Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den Nordischen Ländern

Pauen, Sabine	Neue Integration von Familie und Umwelt: Was sind günstige Rahmenbedingungen für die frühkindliche Entwicklung?
Peitz, Gabriele	Die Entwicklung von Partnerschaft im Familienentwicklungsprozess
Piachaud, David	Family Policies in the United Kingdom
Preuße, Heide	Lebensereignisinduzierte Langzeitwirkungen auf das Geld- und Zeitbudget von Familienhaushalten
Promberger, Markus	Wie familienfreundlich sind flexible Arbeitszeiten?
Rabe-Kleberg, Ursula	Elternhaus und Kindergarten – Gemeinsame oder geteilte Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern unter sechs Jahren?
Roth, Gerhard	Die Anlage-Umweltdebatte. Alte Konzepte und neue Einsichten
Schaeper, Hildegard	Wechselwirkungen zwischen Berufsverlauf und Familiengründung bei Absolventinnen einer Berufsausbildung und eines Hochschulstudiums
Scheiwe, Kirsten	Rechtliche Rahmenbedingungen von Kindertageseinrichtungen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt – das deutsche Modell aus vergleichender Perspektive
Schlegel-Matthies, Kirsten	Kulturelle Aspekte von Hausarbeit
Schneider, Werner Wimbauer, Christine	Das eigene Geld von Frauen – Zur symbolischen Bedeutung von Geld in Paarbeziehungen bzw. in der Familie
Schneider, Ulrike	Informelle Pflege aus ökonomischer Sicht
Schuler-Harms, Margarete	Regelungsmodelle des Familienleistungsausgleichs zwischen staatlicher Nachwuchssicherung und familialer Gestaltungsfreiheit – Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Rechtsvergleich
Schuler-Harms, Margarete	Finanz- und organisationsrechtliche Rahmenbedingungen einer Familienkasse in Deutschland
Schulte, Bernd	Familienleistungen in Europa und in Nordamerika – anhand von Beispielen aus Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika
Sellach, Brigitte Enders-Drägässer, Uta Libuda-Köster, Astrid	Geschlechtsspezifische Besonderheiten der Zeitverwendung/Zeitstrukturierung im theoretischen Konzept des Lebenslagen-Ansatzes
Staudingern, Ursula	Zukunft des Alterns: Eine evidenzbasierte Trendanalyse
Steiner, Viktor Wrohlich, Katharina	Die Wirkung ausgewählter familienpolitischer Instrumente auf das Arbeitsangebot von Eltern
Strengmann-Kuhn, Wolfgang	Darstellung und Auswirkungen von verschiedenen Modellen und Maßnahmen innerhalb des Steuer- und Transfersystems sowie den Sozialversicherungen zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut
Strohmeier, Peter Schultz, Annett Weischer, Christoph	Familienentwicklung im industriellen Ballungsraum. Lebensformen, Lebenslagen und die Zukunft der Familien im Ruhrgebiet
Toelke, Angelika	Partnerschaft – Familie – Beruf. Der Beitrag von Männern zum demografischen Wandel und der Einfluss der privaten Lebensformen auf ihre Berufskarrieren
Vollmer, Franziska	Das Ehegattensplitting im Wandel der rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
Wagner, Alexandra	Arbeitszeiten von Eltern in den Ländern der Europäischen Union und Norwegen – eine Kurzexpertise
Walbiner, Waltraut	Literaturrecherche zur Scheidungs- und Väterforschung incl. Interventionen
Walther, Claudia Bruckner, Elke Schmidt, Kerstin	Sozialer Zusammenhalt – Kitt in Kommune, Nachbarschaft und Familie

Die Sachverständigenkommission für den 7. Familienbericht



Prof. Dr. Jutta Allmendinger, IAB Nürnberg

Jutta Allmendinger ist Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg und Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie studierte Soziologie und Sozialpsychologie in Mannheim und Wisconsin (USA), promovierte an der Harvard University und habilitierte an der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Soziologie des Arbeitsmarktes, Bildungspolitik, Soziale Ungleichheit, Soziologie der Sozialpolitik, Organisationssoziologie, Soziologie des Lebensverlaufs.

Prof. Dr. Hans Bertram, Humboldt-Universität Berlin (Vorsitzender)

Hans Bertram ist Leiter des Lehrbereichs Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Familie, Sozialer Wandel und Regionalentwicklung. Von 1984 bis 1993 war Hans Bertram Vorstand und Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. in München. Von 1986 bis 1989 war er Mitglied der Kommission für den Achten Jugendbericht für den Fünften Deutschen Bundestag.

Prof. Dr. Dr. Wassilios Fthenakis, Staatsinstitut für Frühpädagogik München

Wassilios Fthenakis studierte Pädagogik in Griechenland und Anthropologie, Humangenetik, Molekulargenetik und Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Er ist Professor für Entwicklungspsychologie und Anthropologie an der Freien Universität Bozen/Italien und Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München. Fthenakis ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des „Familienbunds der Deutschen Katholiken“.

Prof. Dr. Helga Krüger, Universität Bremen

Helga Krüger studierte Romanistik, Pädagogik, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Paris, Marburg, Bogotá (Kolumbien) und Kiel. Sie ist Professorin für Familiensoziologie, familiäre und berufliche Sozialisation an der Universität Bremen und Gründungsmitglied des Studiengangs Lehramt Pflegewissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem: Berufs- und Berufsbildungsforschung, Familien- und Berufssozialisation, Frauen- und Lebenslauforschung, Pflegeforschung.

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Universität Gießen

Uta Meier-Gräwe studierte Ökonomie und Soziologie in Ostberlin und ist Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie war von 1993 bis 1998 Bundesvorsitzende von „Pro Familia“, ist Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Frauenforschung, Familiensoziologie, Haushaltswissenschaften, Nachhaltiges Haushalten.

PD Dr. C. Katharina Spieß, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

C. Katharina Spieß studierte Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaften an der Universität Mannheim, promovierte an der Ruhr Universität Bochum und habilitierte an der Technischen Universität Berlin. Seit März 2000 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin und dort mit der Leitung des EU-Projekts „Social Dynamics in Europe“ betraut sowie u. a. für den „SOEP-Geocode“ zuständig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen vorrangig im Bereich der Familienökonomie bzw. -politik sowie anderen sozialpolitischen Themen.

Prof. Dr. Marc Szydlik, Universität Zürich

Der Soziologe Mark Szydlik studierte in Hamburg und Berlin, promovierte am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und habilitierte an der Freien Universität Berlin. Von 2000 bis 2004 war er Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Erfurt, seit 2004 ist er als Professor für Soziologie an der Universität Zürich tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Sozialstruktur, Lebenslauf, Arbeit, Generationen, Empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung.



Wichtige Ergebnisse des Dialogs sind in einem Folder dokumentiert:

„Familienbericht im Dialog. Veranstaltungen zum 7. Familienbericht“, herausgegeben vom BMFSFJ im Juni 2005

Arbeitsverlauf der Kommission

- Berufung der Kommission im Januar 2003
- Start der Arbeit am 20.02.2003
- Die Kommission hat sich in 18 Sitzungen getroffen
- An vier Sitzungen hat die Bundesministerin Renate Schmidt teilgenommen
- Die Kommission hat vier Workshops abgehalten
- Die Kommission hat 74 externe Expertisen eingeholt
- Am 29./30.06.2004 wurde der Ansatz des Berichts dem Bundestagsausschuss Familie vorgestellt
- Der Familienbericht wurde am 16.08.2005 übergeben

Der gesellschaftliche Dialog

10./11.02.2004	Fachtagung der Deutschen Bischofskonferenz
07.06.2004	Expert/-innengespräch der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (AGF)
22.06.2004	Konsultation des Deutschen Frauenrats
22.07.2004	Gespräch der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW)
28./29.09.2004	Workshop der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)
07.–12.11.2004	Beschlüsse der 3. Tagung der 10. Synode der EKD
13.12.2004	Dialogveranstaltung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
24.01.2005	Workshop des BDA mit dem DIHK, BDI, ZDH und IW
12.04.2005	Workshop des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften

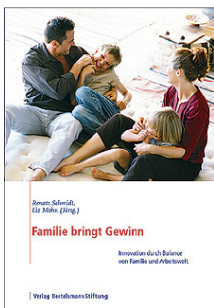
Weiterführende Literatur: Nachhaltige Familienpolitik

Betriebswirtschaftliche Effekte familienpolitischer Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse, Prognos AG, hg. v. BMFSFJ, September 2003

Die viel beachtete Studie der Prognos AG belegt den betriebswirtschaftlichen Effekt familienfreundlicher Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Rendite von 25 Prozent. Der betriebswirtschaftliche Nutzen übersteigt – auch kurzfristig betrachtet – die Investitionen deutlich. Die Einsparpotenziale aufgrund niedriger Überbrückungs-, Fluktuations- und Wiedereingliederungskosten bewegen sich für mittlere Unternehmen und selbst in einer derzeit angespannten Wirtschaftslage in einer Größenordnung von mehreren 100.000 Euro.

Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten von Prof. Bert Rürup, hg. v. BMFSFJ, November 2003

Vor dem Hintergrund der demografischen Trends untersucht der Wirtschaftssachverständige Bert Rürup ökonomische Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung und begründet die Notwendigkeit einer auf die Balance von Familie und Beruf orientierten nachhaltigen Familienpolitik. Einen überzeugenden Lösungsansatz sieht das Gutachten in einer neuen Kombination von unterstützender Infrastruktur, veränderter Elternzeit und familienfreundlicher Unternehmenskultur.



Renate Schmidt/Liz Mohn (Hg.): Familie bringt Gewinn. Innovation durch Balance von Familie und Arbeitswelt

Gütersloh 2004. Mit Serviceteil: Fakten, Trends und Kurzporträts der wichtigsten Studien und Handlungsfelder. Im Buchhandel

erhältlich, beim BMFSFJ oder direkt über den Verlag Bertelsmann Stiftung per Fax: 05241/8 18 19 31 oder E-Mail: sabine.reimann@bertelsmann.de.

Einnahmeeffekte beim Ausbau von Kindertagesbetreuung. Wesentliche Ergebnisse des Gutachtens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, hg. v. BMFSFJ, Januar 2003, ergänzte Fassung November 2004

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin gibt Auskunft über die Relation von Investitionskosten und direktem Gewinn beim Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Insgesamt bewegen sich die möglichen Mehreinnahmen sowohl im Bereich der Einkommenssteuer als auch im Bereich der Sozialversicherung perspektivisch in Milliardenhöhe. Das Folgegutachten „Anreize für Kommunen, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitzustellen“ ergänzt und konkretisiert diese Ergebnisse aus kommunaler Perspektive.



Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor, hg. v. BMFSFJ, dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., November 2004

Langfristige Erfolge einer nachhaltigen Familienpolitik sind nur mit einem „Politik-Mix“ aus Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und betrieblicher Personalpolitik zu erwarten. Das gemeinsame Strategiepapier des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beschreibt die positiven Auswirkungen einer höheren Geburtenrate auf den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand unseres Landes und benennt konkrete Handlungsfelder, die aus der demografischen Problemlage herausführen können.

Familienfreundliche Maßnahmen im Handwerk. Potenziale, Kosten-Nutzen-Relationen, Best Practices. Prognos AG, hg. v. BMFSFJ, November 2004

Dieser Leitfaden zeigt Praxisbeispiele aus verschiedenen Handwerksbetrieben. Er gibt Anregungen „aus der Praxis für die Praxis“, mit denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade in kleinen Unternehmen verbessert werden kann, und verdeutlicht die betriebswirtschaftlichen Vorteile. Die Broschüre wurde von der Prognos AG im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und in Kooperation mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) erstellt.

Hans Bertram: Die Familie ist noch lange nicht am Ende, in: GEO Wissen 34/2004, S. 42–53



Nachhaltige Familienpolitik – Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, hg. v. BMFSFJ, Mai 2005

In diesem Gutachten gibt Prof. Dr. Bertram Empfehlungen für Rahmenbedingungen, die es jungen

Erwachsenen ermöglichen, ihr Leben gemeinsam mit Kindern zu planen und zu realisieren. Er hebt hervor, dass sich eine nachhaltige Familienpolitik durch einen Mix aus Infrastrukturpolitik, vor allem den Ausbau der Kinderbetreuung, Zeitpolitik durch eine familienfreundliche Arbeitswelt und neu ausgesteuerte finanzielle Leistungen zur gezielten Unterstützung von Familien auszeichnet.



Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 23-24/2005) „Familienpolitik“

In diesem Heft schreiben verschiedene Autoren aus unterschiedlichen Perspektiven zum Thema Familienpolitik. Sandra Gruescu und Bert Rürup: Nachhaltige Familienpolitik;

Hans Bertram, Wiebke Rösler und Nancy Ehlert: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik; Malte Ristau: Der ökonomische Charme der Familie; Jutta Allmendinger und Kathrin Dressel: Familien auf der Suche nach der gewonnenen

Zeit; C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich: Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung. Erhältlich über www.bpb.de/publikationen



Lokale Bündnisse für Familie. Stationen, Erfolge, Impulse, hg. v. Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie c/o JSB Dr. Jan Schröder Beratungsgesellschaft GmbH im Auftrag des BMFSFJ, September 2005

Nach zwei Jahren hat sich die Initiative Lokale Bündnisse für Familie als innovativer Ansatz in der örtlichen Familienpolitik etabliert. Die Broschüre enthält eine Zwischenbilanz der Bündnisinitiative: wichtige Bündnisgründungen, gute Beispiele aus der Bündnispraxis, Unterstützung aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Einleitung von Renate Schmidt und Impulsbeiträge von Warnfried Dettling, Hans Bertram und Klaus Peter Strohmeier zeigen Perspektiven für die weitere Entwicklung auf. Bezug: www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Newsletter „Zukunft Familie“

Alle zwei Monate informiert ein Newsletter über aktuelle Arbeitsschwerpunkte, Projekte und Veranstaltungen aus der Familienabteilung des Ministeriums. Abonniert werden kann das elektronische Magazin im Servicebereich auf www.bmfsfj.de

„Monitor Familiendemographie“

Viermal im Jahr erscheint online der wissenschaftlichen Informationsdiensts „Monitor Familiendemographie“, der zuverlässige Daten und prägnante Kurzinformationen aus Forschung und Statistik rund um die Familien in Deutschland bietet. Der Newsletter kann auf den Internetseiten des Bundesfamilienministeriums www.bmfsfj.de unter der Rubrik „Service“ kostenlos abonniert werden.

Kontakte und Ansprechpartner

Die Mitglieder der Sachverständigenkommission und weitere Expertinnen und Experten zum Thema sind erreichbar über die Geschäftsstelle für den 7. Familienbericht beim **Deutschen Jugendinstitut:**

Jürgen Sass
Deutsches Jugendinstitut
Nockherstr. 2
81541 München
Tel: 0 89/62 30 62 51
Mail: sass@dji.de

Im **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sind Ihre fachlichen Ansprechpartner zum Familienbericht:

Malte Ristau-Winkler,
Abteilungsleiter Familie, Wohlfahrtspflege, Bürger-
schaftliches Engagement im BMFSFJ
Tel: 0 18 88/5 55 16 00
Mail: Malte.Ristau-Winkler@BMFSFJ.BUND.DE

Petra Mackroth,
Unterabteilungsleiterin im BMFSFJ
Tel: 0 18 88/5 55 16 05
Mail: Petra.Mackroth@BMFSFJ.BUND.DE

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Postanschrift: 11018 Berlin
Hausanschrift: Alexanderplatz 6,
10178 Berlin
Fax: 0 30/2 06 55-4 16 10 oder -41 60

Impressum:

Workshop 7. Familienbericht, am 05. August 2005
organisiert und dokumentiert von

Fruitmarket Kultur und Medien GmbH
Maastrichter Straße 45
50672 Köln

in Kooperation mit der Geschäftsstelle
7. Familienbericht sowie dem BMFSFJ

Bezugsquellen:
(nur in kleinen Mengen):

Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)
Postfach 900352
81503 München
Telefon: +49 (0)89/6 23 06-0

Telefax: +49 (0)89/6 23 06-162

Internet: www.dji.de

E-Mail: info@dji.de

oder
(nur Einzelexemplare)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

11018 Berlin

Referat 201

Grundsatz- und internationale
Angelegenheiten, Planung

Telefon: +49 (0)1888/555 16 10

